

Armut, sinkende Löhne und ein Bürgergeld, das eine Armutsfalle ist. Alles hängt mit dem Krieg zusammen.

Wir leben in einer Zeitenwende: Der Krieg in der Ukraine, der sich über Jahre ankündigte und eine große Tragödie darstellt, hat mit einem Schlag eine neue Situation entstehen lassen, die durch Kriege, soziale und politische Unsicherheiten und wirtschaftliche Verwerfungen gekennzeichnet ist ***In Deutschland bahnt sich eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe an.*** Löhne sinken und Armut nimmt zu – das Bürgergeld bleibt eine Armutsfalle. Die Politik der Bundesregierung nimmt die Deindustrialisierung des Landes billigend in Kauf.

Aufgrund von Sanktionen und Wirtschaftskrieg geraten wir in die Rezession – unser Land wird vor allem durch die US-Politik deindustrialisiert, und die Regierung Scholz hat bereits vor den USA kapituliert und lässt die Deindustrialisierung Deutschlands zu. Damit wird die Existenz des Sozialstaates weggespült.

Laut Bundeswirtschaftsminister Habeck sind wir quasi Kriegspartei, Wirtschaftskriegs Partei. Er verkündet, dass die Bevölkerung einen hohen Preis zahlen wird und proklamiert, den Abschied vom Wohlstand, der für ganz viele allerdings schon lange nicht mehr real war. Aber zugleich wächst Reichtum in Deutschland – die Einkommensverteilung war noch nie so weit auseinander wie heute. Umverteilungspolitik um für sozialen Ausgleich zu sorgen ist von Seiten der Ampelregierung nicht in Sicht.

All dies ist die Folge der dummen Politik der Ampelkoalition, ihrer Sanktionen und ihres Wirtschaftskrieges gegen Russland sagt Sahra Wagenknecht zurecht. Die Preise schießen durch die Decke, aber Löhne und Einkommen halten nicht mit. Und es ist beabsichtigt die LÖHNE weiter sinken ZU LASSEN: Die Inflation mit ihrer Lohnentwertung bedroht die Existenzgrundlage breiter Schichten der Bevölkerung. Die von Bundeswirtschaftsminister Habeck verkündete „Transformation“ führt schon jetzt zur Stilllegung von zahlreichen Betrieben, die ins Ausland – wo Energiekosten niedriger sind – abwandern wollen, vor allem in die USA. Die Abwanderung großer Konzerne in die USA vernichtet Millionen von Arbeitsplätzen.

Die geplante zusätzliche Hochrüstung der Bundeswehr verschlingt 100 Mrd. Euro, die im sozialen Bereich fehlen. Krankenhäuser, Schulen, Kitas und ÖPNV sind nach wie vor unterfinanziert. Die Eskalation im Ukraine-Konflikt zu der die Politik der Waffenlieferungen führt, hat die reale Gefahr eines Atomkrieges verschärft. Gerade erst vor zwei Wochen sind wir haarscharf am Dritten Weltkrieg vorbeigeschrammt. Dies ist die neue reale Lage, in der wir alle leben.

Es ist völlig klar: Die Zeche für Krieg, Sanktionen und Krisen zahlen wir, die Bevölkerung, die einfachen Leute, die Arbeiterinnen und Arbeiter, Handwerkerinnen und Handwerker, Angestellte, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, wir kleinen Selbstständigen, Kleingewerbetreibenden, und Armen.

Während die Superreichen und Großkonzerne Profite mit den Krisen machen und sich die Taschen vollstopfen, die Regierung Milliarden für Aufrüstung locker macht und die Gewinne der Rüstungsindustrie sprudeln, bleibt für uns Verarmung und Wohnungsnot. Die Politik der Ampelkoalition ist Zynismus pur. „Entlastungspakete“ und die geplante Energiepreisbremse der Regierung bleiben eine Mogelpackung, weil sie nicht die Bedarfsdeckung der Bedürftigen im Auge haben, sondern vor allem Reiche und Superreiche begünstigen, die diese Unterstützung nicht brauchen. Wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sammlungsbewegung ***aufstehen*** machen das nicht mit. Zehntausende haben bereits Woche für Woche im „Heißen Herbst“ demonstriert, aber das

reicht noch nicht aus. Was wir brauchen, ist eine zentrale große Demonstration, die den Druck der Straße spürbar macht. Und vor allem brauchen wir kämpferische Gewerkschaften und nicht solche, die mit der Regierung kungeln.

Kolleginnen und Kollegen kämpfen in vielen Betrieben für tarifsichere und inflationsfeste Löhne. Das lohnt sich. Die Reinigungskräfte haben mit ihrem Zusammenhalt immerhin 12,5% durchgesetzt! Aber der Trend geht gegenwärtig in die andere Richtung, er geht in Richtung des Reallohn-Verlustes. Das ist gewollt denn die deutsche Wirtschaft will so die konzertierte Aktion zwischen Regierung und Wirtschaft die Energiemehrkosten auf den Rücken der Arbeitnehmerinnen abwälzen. Die Widerstandskultur der Gewerkschaften ist in dieser Hinsicht nicht entwickelt genug. Auch dürfen die Gewerkschaften den Zusammenhang von Krieg und Sozialabbau nicht ausblenden.

Wenn wir nicht kämpfen, streiken und auf die Straße gehen droht uns am Ende ein enormer sozialer Kahlschlag in diesem Land. Wer jetzt nicht protestiert, der Regierung sagt genug ist genug, der darf sich nicht wundern, dass wir demnächst in einer anderen Republik leben.

Es verändert sich auch die Finanzpolitik der Bundesregierung. Eine neue Offensive des Bundesfinanzministers Lindner lässt eine Privatisierung aller Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, des Sozialabbaus, der Deregulierung und eine ausufernde Kaputt-Sparpolitik erwarten.

Statt durch eine neue europäische Friedensperspektive für sinkende Energiepreise zu sorgen ist es politisches Ziel dieser Regierung die Energiemehrkosten durch die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auszugleichen. Damit meint die deutsche Wirtschaft deutsche Waren durch niedrigere Löhne konkurrenzfähig zu machen. Das verlangt den erweiterten Ausbau des Niedriglohn-Sektors und eine drastische Lohnsenkungspolitik, um die sogenannten Wettbewerbsnachteile der erhöhten Energiekosten auszugleichen. Zusätzlich werden durch das fehlende billige russische Gas und durch den Import von teurem Gas aus den USA die Heizungs- und Stromkosten horrend hoch bleiben. Noch ein Winter mit Energiepreisdeckelung wird es nicht geben. Das hält der Haushalt, den wir alle finanzieren, nicht aus.

Die Politik der Bundesregierung befördert die Gewinne der Konzerne und Finanzmärkte, macht diese reich und die Mehrheit unseres Landes arm.

Alle sozialen erkämpften Rechte der Arbeitnehmerinnen sind unvereinbar mit den Anforderungen eines aus den Fugen geratenen und unkontrollierten Raubtierkapitalismus. Nicht der Mensch und der gesellschaftliche Zusammenhalt stehen im Mittelpunkt, sondern die Sicherung der Rendite und Profite eines herrschenden Finanzkapitalismus, der keinerlei gesellschaftliche Verantwortung mehr trägt

Die Reallöhne sowie die Kaufkraft müssen inflationssicher gemacht werden.

Weil die Reallöhne sinken sollen, durfte das Bürgergeld nicht in der ursprünglichen Form beschlossen werden und vor allem darf es nicht existenzsichernd sein.

Wochenlang hetzte die CDU gegen das Bürgergeld, dass dieses Faulheit honoriere. Ins gleiche Horn stieß auch die AFD. Nachdem die CDU im Bundesrat den ursprünglichen Entwurf des Bürgergeldes von Arbeitsminister Heil scheitern ließ, einigte sich die Ampelbundesregierung mit der CDU darauf, dass der Regelsatz auf 502 Euro angehoben wird und Sanktionierung ist wie bei *Harz IV* wieder vorhanden. 502 Euro jetzt gegenüber 450 Euro bei *Harz IV*, das nennen sie einen Inflationsausgleich, was ja der pure Zynismus ist. Schon lange bereits vor der Inflation hat der *Paritätische Wohlfahrtsverband*, um ein Existenzminimum zu gewährleisten, berechnet, dass der Regelsatz mindestens 600 Euro betragen muss. Der *Paritätische Wohlfahrtsverband* hat erklärt, dass die 502

Euro nicht vor Armut schützen und nach über einem Jahr Inflation müsste der Regelsatz 725 Euro plus Stromkosten betragen. Der Verband kommt zu dem Schluss, dass sich beim Bürgergeld gegenüber *Hartz IV* nichts geändert hat. Das Bürgergeld bleibt, was *Hartz IV* schon immer war, eine Armutsfalle, lautet die Schlussfolgerung des *PARITÄTISCHEN WOHLFAHRTSVERBANDES*: Das Bürgergeld bleibt wie *Hartz IV* eine Armutsfalle und ein Instrument zum Lohndumping.

Alles hängt mit dem Krieg zusammen Deindustrialisierung, Abbau des Sozialstaates, Ausbreitung der Armut. Der jetzige Krieg stellt eine tödliche Gefahr für alle Völker Europas und die Völker aller Kontinente dar. Besonders der globale Süden bekommt die Folgen von teuren Lebensmitteln und Energie fatal zu spüren.

Zur Rettung der Menschheit vor der atomaren Auslöschung muss dieser Marsch in die Barbarei gestoppt werden. Russlands Krieg, sowie der der NATO, der von Zelensky umgesetzt wird, muss beendet werden, durch Diplomatie. Der Westen hingegen will den Siegfrieden, die dauerhafte Schwächung Russlands. Aber die zweit stärkste Atommacht kann man nicht militärisch besiegen. Es sei, man riskiert den atomaren Weltuntergang.

Die US-Regierung, die die NATO dominiert, verteidigt nicht das ukrainische Volk, sondern die Interessen der Monopole, welche die Kontrolle über die großen Rohstoffreichtümer Russlands übernehmen wollen, wie sie es im Irak getan haben unter dem Vorwand von Massenvernichtungswaffen, die es nie gab.

Frieden schaffen heißt nicht bloß einen Waffenstillstand zu erzielen, obwohl dies auch ein erster Schritt wäre. Frieden schaffen heißt vor allem einen Interessensausgleich mit Russland herstellen. Dafür braucht es einer neuen europäischen Sicherheits-Architektur mit Russland und nicht gegen Russland. Die Politik der NATO-Osterweiterung muss aufhören. Die Drohung Raketen, die auf Moskau zielen, in Osteuropa zu stationieren muss beendet werden. Die Ukraine darf niemals wieder ein Frontstaat gegen Russland werden, sondern ein neutraler Nachbarstaat. Russland wird niemals eine NATO-Ukraine akzeptieren. Sie wird immer Quelle von Auseinandersetzungen sein, solange es in Moskau Regierungen gibt, die für die Interessen Russlands und seiner Bevölkerung eintreten und nicht fremdbestimmt und vom Westen abhängig sind.

Russland und die NATO-Staaten müssen zurück an den Verhandlungstisch und das bevor der Ukraine-Krieg zum Weltkrieg eskaliert.

Es sind große Aufgaben, vor denen unsere Sammlungsbewegung **aufstehen** steht. Diese zu bewältigen erfordert eine sich aktivierende und stärkende **aufstehen** Bewegung. Wir müssen uns in die Proteste einbringen, selbstständig auftreten und in Bündnissen aktiv werden. Gemeinsam mit anderen wollen wir für Frieden und Soziales kämpfen. Eine Stärkung der Sammlungsbewegung **aufstehen** erfolgt durch Reaktivierung früherer Mitstreiterinnen, der Reaktivierung von Gruppen und Neuaufbau von Gruppen. Wir haben eine Zukunft als außerparlamentarische Protestbewegung. Lasst uns gemeinsam für eine starke Sammlungsbewegung **aufstehen** streiten.



Für Frieden Demokratie und soziale Gerechtigkeit!